

**Ingeborg Gabriel**  
**Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft?**  
**- Eine Antwort auf Martin Rhonheimer**

in:

Gesellschaft und Politik. Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement, Helmut Kukacka/Alexander Rauner (Hrsg.),  
Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft - Illusion oder  
Wirklichkeit?, 53. Jahrgang, Juni 2017, Heft 1, S. 39-43.

# & Gesellschaft & Politik

Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement

1/17

Helmut Kukacka/Alexander Rauner (Hrsg.)

53. Jahrgang  
Juni 2017  
Heft 1

## Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft – Illusion oder Wirklichkeit?

### Inhalt:

Papst Franziskus hat in seinen beiden Lehrschriften „Evangelii gaudii“ und „Laudato si“ und seinem denkwürdigen Satz „diese Wirtschaft tötet“ die Diskussion um die richtige Wirtschaftsordnung neu eröffnet. Liegt jedoch in einer zunehmenden Staatsgläubigkeit ein blinder Fleck in der Katholischen Soziallehre? Kritisiert sie zu recht die Rolle des Privateigentums, das sie als Last bezeichnet?



ARBEITSGEMEINSCHAFT  
KATHOLISCHER  
VERBÄNDE ÖSTERREICHS



• Dr. Karl Kummer Institut  
Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik

Mit Beiträgen von:

*Ingeborg Gabriel, Helmut Kukacka, Wolfgang Mazal, Reinhold Mitterlehner, Alexander Rauner, Martin Rhonheimer, Josef Riegler, Franz Schellhorn, Norbert Schnedl, Alois Schwarz, Wilfried Stadler, Josef Taus.*

von sozialistischer Seite so sehr diffamierte Rechtsgleichheit ein Ideal, also jene Gerechtigkeit, die ein funktionierender Rechtsstaat schaffen kann. Sie wäre, unter den Bedingungen einer freien und globalen Marktwirt-

schaft, nicht die beste aller denkbaren Welten, aber die beste aller möglichen. Auch wer sie als niemals verwirklichte Utopie erachtet, sollte dafür plädieren, in diese und nicht in die entgegengesetzte Richtung zu gehen.



[www.sfl-technologies.com](http://www.sfl-technologies.com)

SFL technologies GmbH  
Innovationspark 2  
A-8152 Stallhofen  
T. +43 50/31 41-0  
F. +43 50/31 41-2290  
E. [office@sfl-technologies.com](mailto:office@sfl-technologies.com)

## Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft? – Eine Antwort auf Martin Rhonheimer

Ingeborg Gabriel



Bevor ich mich kurz drei Fragen zuwende, eine Beobachtung. Noch nie in der Geschichte der Menschheit lebten auf dieser Welt so viele Menschen (7,6 Mrd.) und noch nie gab es einen derartigen Grad an Vernetzung und Interdependenz zwischen ihnen. Das bedeutet, dass der Grundsatz der katholischen Soziallehre „Wir sitzen alle in einem Boot“ noch nie in so hohem Maße der Realität entsprach – und dies für die ganze Welt und nicht nur eine Nation. Dieser Tatsache der globalen Vernetzung muss ein entsprechendes Maß an Solidarität entsprechen, die mit den individuellen Freiheiten, und vor allem auch der Wirtschaftsfreiheit, zusammenzudenken ist. Das gilt sowohl national, wie auch europäisch und global: Freiheit und Solidarität, die ihren Ausdruck vor allem auch in entsprechenden Institutionen finden müssen, müssen zusammenkommen, soll die Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt ein Weg zum Wohlstand für alle werden.

### 1. These: Markt- vs. Planwirtschaft – eine überholte Fragestellung.

Angesichts der Erfahrungen des letzten Jahrhunderts ist eine erste, eher implizite Frage, die in allen gegenwärtigen Debatten mitschwingt, jene von Marktwirtschaft versus Planwirtschaft. Wiewohl die kommunistischen Planwirtschaften bereits vor einem Vierteljahrhundert implodiert sind, bestimmt sie das Denken mit, wiewohl sie kaum mehr etwas mit der gegenwärtigen Weltlage und Realität zu tun hat. Es gibt – mit Ausnahme vielleicht Nordkoreas – keine sozialistischen Planwirtschaften mehr und auch keine Bestrebungen, solche zu errich-

ten. Es handelt sich um ein gescheitertes historisches Experiment, an dessen Folgen wir freilich in Europa bis heute laborieren. Diese historische Altlast ist es, die der Diskreditierung des Sozialstaats eine gewisse Plausibilität verleiht. Das gilt besonders in den ehemals kommunistischen Staaten. Ein slowenischer Kollege sagte mir unlängst, dass man das Wort Sozial bei ihm nicht verwenden könne. Ich fand es überdies interessant, dass die prägenden lebensgeschichtlichen Erfahrungen von Friedrich August von Hayek, dem einflussreichen Kronzeugen eines libertären, anti-etatistischen Markt Denkens, negative Erfahrungen mit dem Staatsfaschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus, also mit einem überbordenden, freiheitsvernichtenden Staatssystem waren. Vor ihrem Hintergrund formulierte er seine Theorie. Doch diesen Staat gibt es längst nicht mehr und es kann ihn in einer globalisierten Welt nicht mehr geben, in der die Grenzen mehr oder weniger offen sind. Selbst wenn zu viel Bürokratie, vor allem mittelständische, Wirtschaftstreibende – wie auch Universitätslehrer – nervt und im Einzelnen auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen ist, jeder Kritik an „der Marktwirtschaft“ die Frage entgegen zu halten: Bist Du für die Planwirtschaft?, ist schlicht unzeitgemäß.

### 2. These: Die Marktwirtschaft ruht auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann.

Ich reformuliere hier das bekannte Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde, das als



Böckenförde-Paradoxon Karriere gemacht hat: der liberale Staat ruht auf Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Damit meinte der deutsche Staatsrechtler, dass diese Staatsform auf eine vorgängige Moral sowie Institutionen, also auf Familien, Kirchen, zivilgesellschaftliche Vereine, Religionsgemeinschaften u. ä. m. angewiesen sind, in denen diese Moral gebildet wird. Gleiches gilt für die Wirtschaft. Auch sie lebt von diesen Voraussetzungen, ohne sie selbst herstellen zu können.

Damit eng verbunden ist eine angesichts des Themas dieses Abends zentrale Frage: Um welche Art von Marktwirtschaft handelt es sich? Diese Frage wurde vom Hauptreferenten des Abends ohne Umstände damit beantwortet, dass es sich um eine Marktwirtschaft *tout court*, also eine liberale Marktwirtschaft ohne einschränkende soziale und ökologische Regelwerke handeln muss, damit sie Wohlstand für alle zu erzeugen vermag. Das traditionell in Europa beheimatete Modell einer öko-sozialen Marktwirtschaft erfüllt diese Forderung für Prof. Rhonheimer nicht. Das bedeutet, dass hier die Notwendigkeit der staatlichen Steuerung im sozialen und ökologischen Bereich bestritten wird.

Tauschmärkte gab und gibt es in einfachsten Gesellschaften. Selbst dort bedürfen Tauschvorgänge jedoch eines politischen Konsenses über den Wert des Geldes, die Messeinheiten, die Sanktionierung von Vertragsverletzungen und vieles mehr. Jeder Markt ist demnach in eine Kultur eingebettet und von einer bestimmten Form vorgängiger Politik abhängig und bleibend auf sie angewiesen. Dies gilt umso mehr für eine komplexe Marktwirtschaft, die eine nie dagewesene vielfältige Produktion für eine immer größere Zahl von Menschen ermöglichen soll. Sie bezieht ihre Dynamik aus einer hochkomplexen Infrastruktur, die politische und rechtliche Voraussetzungen hat, die ihre Schaffung ermöglichen. Das gilt nicht

nur für das Rechtssystem, sondern auch für Straßen, Straßenverkehrsordnungen, Ausbildungs- und Gesundheitssysteme, funktionierende Währungen und vieles andere mehr, das wesentlich vom politischen Gemeinwesen, i. e. dem Staat respektive einer supranationalen oder internationalen Ordnung bereitgestellt werden muss. Ohne diese Grundlagen wäre eine moderne Wirtschaft nicht funktionsfähig und es sind vielfältige derartige Infrastrukturvorteile, die es heute den alten Industriestaaten ermöglichen als Standorte noch attraktiv zu sein. Fehlen sie oder sind sie defizient, leidet die Produktivität und der wettbewerbsorientierte Wirtschaftsprozess bzw. er entartet zu einer Art Freistilgerangel. Der Markt ist demnach keine natürliche Gegebenheit, er ist vielmehr ein hoch komplexes kulturelles Gebilde, das auf kulturellen, religiösen, rechtlichen und politischen Voraussetzungen aufruht und für sein Funktionieren auf sie angewiesen ist. Gleiches gilt für die Ressourcen individueller Moral, ohne deren Praxis das Vertrauen zusammenbricht. Wiewohl die Sinnhaftigkeit einzelner Regelungen in einem demokratischen Prozess zu diskutieren ist, wäre es fatal, dies auszublenden und den Staat auf eine Karikatur seiner selbst zu reduzieren. Ein derartiger Anti-Etatismus mit ideologischem Charakter ist der Fehler libertärer Markttheoretiker. Eine Marktwirtschaft, die meint, ohne die soeben angedeutete Vielzahl von öffentlichen Gütern, auskommen zu können, ist eine gefährliche Illusion. Die im libertären Denken angelegte grundsätzliche Ablehnung des Staates, die ihre theoretische Plausibilität aus einer Überhöhung der eingangs genannten Gegenüberstellung von Markt- und Planwirtschaft und ihre praktische Plausibilität aus Erfahrungen der Überbürokratisierung (*red tape* auch für Universitäten) bezieht, führt kurzfristig dazu, dass die stärkeren Marktteilnehmer zu Trittbrettfahrern werden. Längerfristig zieht sie notwendig den Verfall jener Vorausset-

zungen, auf die jede hochkomplexe Marktwirtschaft angewiesen ist, nach sich.

Die Situation ist auch problematisch, da die Erosion der Handlungsfähigkeit von einzelnen Staaten angesichts einer globalisierten Wirtschaft zu gigantischen Wettbewerbsverzerrungen führt. Kein österreichischer Klein- und Mittelunternehmer zahlt jene 0,005% Steuern auf seine Gewinne, die für Apple ausgewiesen wurden und wenn Irland eine Steuernachzahlung des Wirtschaftsgiganten ablehnt, dann zeigt dies umso mehr, wie sehr vor allem kleinere Staaten darauf angewiesen sind, um die Gunst von Unternehmen zu buhlen, selbst wenn diese das Recht brechen und die Zahlung von Steuern umgehen können.

**3. These: die Marktwirtschaft bringt eine bestmögliche Ressourcenallokation aber keine sozialgerechte Verteilung hervor. Diese ist die Gemeinwohlaufgabe des Staates bzw. supranationaler Akteure.**

Die soziale Marktwirtschaft war nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts die Antwort auf die Erfahrungen einer ungebremsten Marktwirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit und Verelendung weiter Schichten in Europa im Zuge der Weltwirtschaftskrise. Sie basiert bekanntlich auf zwei Säulen – einer Kartellgesetz- und einer Sozialgesetzgebung, zu der heute eine Umweltgesetzgebung kommen muss.

Kartellgesetze braucht es, um marktzerstörerische Monopol- und Oligopolbildungen zu verhindern. Derartige Konzentrationsprozesse gefährden auch heute den Wettbewerb in der Weltwirtschaft. Zudem führt die Entstehung von immer größeren Unternehmen zu einer extremen Ungleichheit von Unternehmen hinsichtlich ihrer Ausgangslage und Marktmacht: Kleinstunternehmer, traditionelle Klein- und Mittelbetriebe sowie international agierende Aktiengesellschaften und Großkonzerne

wiederum höchst unterschiedlicher Größe haben wenig miteinander gemeinsam und agieren auch nach unterschiedlichen Spielregeln, was ihren politischen Einfluss (Lobbying) betrifft.

Das Idealbild eines traditionellen Einzelunternehmers lässt sich demnach nicht auf die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen in der globalen Welt übertragen. Es gibt in der globalen Welt der Katholischen Soziallehre einige Stellen, die sich positiv auf Unternehmer beziehen, wiewohl eine positive Würdigung einzelner Berufe nicht das Ziel von Enzykliken ist. So heißt es in *Laudato si'*: „Damit es weiterhin möglich ist, Arbeitsplätze anzubieten, ist es dringend, eine Wirtschaft zu fördern, welche die Produktionsvielfalt und die Unternehmerkreativität begünstigt. Die Unternehmertätigkeit, die eine edle Berufung darstellt und darauf ausgerichtet ist, Wohlstand zu erzeugen und die Welt für alle zu verbessern, kann eine sehr fruchtbringende Art und Weise sein, die Region zu fördern, in der sie ihre Betriebe errichtet, vor allem wenn sie versteht, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen ein unausweichlicher Teil ihres Dienstes am Gemeinwohl ist. (Nr. 129). Der Text zeigt, dass der gegenwärtige Papst eher an Klein- und Mittelunternehmer denkt, die regional tätig und eingebettet sind. Die päpstliche Kommission „Iustitia et pax“ hat vor einigen Jahren eine lesenswerte Studie herausgebracht mit dem Titel: „Zum Unternehmer berufen“<sup>1</sup>

Doch wie immer gut Unternehmen wirtschaften, sie können nicht die zunehmend ungleiche Vermögensverteilung korrigieren. Dies ist nicht ihre Aufgabe. Ein bekanntes Sprichwort sagt: „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu“. Der französische Starökonom Thomas Piketty hat dies in seinem viel beachteten Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (München 2014) mit vielfältigen Statistiken

<sup>1</sup> [http://www.bku.de/image/inhalte/file/Zum\\_Unternehmer\\_berufen.pdf](http://www.bku.de/image/inhalte/file/Zum_Unternehmer_berufen.pdf) (abgerufen 24.2.2017)



bestätigt. Die Verteilung wird im Zeitablauf ungleicher und damit nimmt notwendig die Macht einzelner Wirtschaftsakteure zu. Die Bibel hat – dies merke ich als Theologin an – dieses Phänomen bereits im 7. Jahrhundert vor Christus konstatiert und daher das Rechtsinstrument des so genannten Jubeljahres geschaffen, wonach die Schulden in jedem 50. Jahr getilgt werden sollen (Lev 25, 8-31). Die Praktikabilität mag dahin gestellt sein, aber es geht hier darum zu zeigen, dass der Markt selbst im Zeitablauf den Wettbewerb unter auch nur halbwegs gleichen Akteuren nicht sicherstellen kann.

Darüber hinaus braucht es offenkundig eine Sozial- und Umweltgesetzgebung, damit langfristig Wohlstand für alle geschaffen werden kann. Da Unternehmen jedoch aus der ihnen eigenen Gewinnlogik notwendig ihre Profite internalisieren, jedoch soziale wie ökologische Kosten externalisieren, braucht es dazu politisch-rechtliche Vorgaben, die dazu ein Pendant schaffen. Filter baut man meist nur ein, wenn alle es tun müssen, da dies sonst mit Wettbewerbsnachteilen verbunden wäre. Existenzsichernde Löhne bezahlt man nur, wenn dies alle tun müssen, ebenso zahlt man nur unter diesen Umständen in Versicherungen ein. Diese sozialen Regelwerke sind immer wieder reformbedürftig, sie müssen adaptiert werden, was sich konkret als politisch schwierig erweist, aber es geht nicht an, ihre grundsätzliche Sinnhaftigkeit zu bestreiten. Dass der erwirtschaftete Wohlstand allen für ein menschenwürdiges Leben zu gute kommt, dies sicher zu stellen, ist die Gemeinwohlaufgabe des Staates. In diesem Sinn sprach sie die Katholische Soziallehre immer gegen den *Laissez faire* Staat aus. Das gilt bereits für *Rerum novarum*, die erste päpstliche Enzyklika von 1891, die in Nr. 1 scharf kritisiert, dass das Kapital in den Händen weniger angehäuft ist, während die große Menge verarmt (RN 1). Papst Franziskus ist demnach nicht mehr oder weniger marktwirtschaftlich als seine Vorgänger,

wiewohl sein Stil kantiger sein mag. Seine Warnungen vor Verelendung und Ausschließung ganzer Bevölkerungsgruppen, sowie vor einem kruden Materialismus, vor einer überbordenden Finanzwirtschaft und vor der Gefahr sozialer Unruhen (so in *Evangelii gaudium* 50ff) wiederholen jedoch Kernaussagen der Katholischen Soziallehre. Und: Er ist mit diesen Warnungen keineswegs allein. Sie finden sich heute bei vielen wachen Zeitgenossen und Ökonomen. Bei einer Umfrage in dem jeder Linkslastigkeit unverdächtigen Forum von Davos wurde im letzten Jahr erhoben, dass Manager die größte Gefahr heute in sozialen Revolten sehen. Dass der Staat für alle da sein soll und sich insbesondere der Schwächeren annehmen muss, gilt vor allem in Demokratien, wo die Exklusion angesichts des demokratischen Grundprinzips *One man one vote*, sozial explosive Folgen haben muss. In dem Sinne bemerkte Johannes Messner, der Doyen der österreichischen katholischen Sozialethik einmal knapp: „Die Demokratie ist an der sozialen Frage gescheitert.“<sup>2</sup>

Zusammenfassend: Die eigentliche Debatte heute ist nicht jene zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft, sondern es geht um die Frage wie angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung eine Marktwirtschaft geschaffen werden kann, die Wohlstand für **alle** bringt. Es geht um eine Marktwirtschaft, in der nicht die stärkeren Wirtschaftsakteure die rechtlichen Rahmenbedingungen für sich mehr oder weniger außer Kraft setzen können, weil sie im Gegensatz zu Klein- und Mittelbetrieben global agieren. In dieser Situation braucht es nicht nur öko-soziale Institutionen auf staatlicher Ebene, sondern auch solche, die für das soziale und ökologische Weltgemeinwohl global zuständig sind. Eine derartige Weltautorität wird von der Katholischen Soziallehre seit *Pacem in terris* (1963) gefordert, liegt jedoch in wei-

<sup>2</sup> Johannes Messner, *Das Naturrecht*, 8. Auflage, Berlin 1984, 870.

ter Ferne. Dennoch sind sinnvolle Schritte in diese Richtung zu setzen. So könnte eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zudem als Pendant zur gemeinsamen Währung von allen Experten als notwendig angesehen wird,<sup>3</sup> ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein. Hier mutig weiterzugehen, ist das wohl Wichtigste in der gegenwärtigen Situation der Stagnation.

Zusammenfassend: Wohlstand für alle als Folge der Marktwirtschaft: Ja, insofern diese die Allokation von Ressourcen und die Produktion von Gütern gewährleistet. Nein, insofern die Marktwirtschaft auf ei-

nem Sockel von Moral und von staatlichen und supranationalen Institutionen aufruht, den sie selbst nicht hervorbringen kann, die aber für sie selbst, sowie zum Erhalt des sozialen Friedens und der natürlichen Umwelt unverzichtbar sind. Keine Marktwirtschaft schafft demnach *automatisch* Wohlstand für alle. Es ist vielmehr die Frage: welche Marktwirtschaft und hier kann die Antwort nur sein: Eine öko-soziale Marktwirtschaft. Gegenwärtige beunruhigende politische Entwicklungen sollten uns die Frage ernsthaft stellen lassen, ob und wie weit diese ökologischen und sozialen Voraussetzungen erfüllt sind, denn „wir sitzen alle in einem Boot“.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Mehr in: Ingeborg Gabriel/Peter Kirchschräger/Richard Sturn (Hg.), *Eine Wirtschaft, die Leben fördert. Wirtschafts- und unternehmensethische Reflexionen im Anschluss an Papst Franziskus*, Ostfildern 2017 (erscheint im Juni).

<sup>3</sup> Vgl. Claus Offe, *Europa in der Falle*, Frankfurt 2016.

# Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| Editorial .....  | 5  |
| Vorwort .....  | 7  |
| Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft – Illusion oder Wirklichkeit?.....<br><i>Martin Rhonheimer</i>                            | 9  |
| Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft? – Eine Antwort auf Martin Rhonheimer .....   | 39 |
| <i>Ingeborg Gabriel</i>  |    |
| Soziale Marktwirtschaft – Auslaufmodell oder Leitbild für die Zukunft? .....   | 45 |
| <i>Wilfried Stadler</i>  |    |
| Die globale Wirtschaft braucht einen Kompass – Geben die Katholische<br>Soziallehre und 'Laudato Si' die richtigen Antworten?..... | 51 |
| <i>Alois Schwarz</i>   |    |
| Laudato si – ein Auftrag an die Politik .....  | 57 |
| <i>Reinhold Mitterlehner</i>   |    |
| Ökosoziale Marktwirtschaft als Lösungsansatz .....   | 61 |
| <i>Josef Riegler</i>   |    |
| Soziale Marktwirtschaft.....   | 63 |
| <i>Wolfgang Mazal</i>  |    |
| Die rechte Hand des neoliberalen Teufels.....  | 69 |
| <i>Franz Schellhorn</i>  |    |

|   |    |
|---|----|
| Soziale Marktwirtschaft als Auftrag für die Zukunft.....              | 71 |
| <i>Helmut Kukacka</i>   |    |
| Wohlstand für alle – Maßnahmen für einen funktionierenden Markt ..... | 75 |
| <i>Josef Taus</i>   |    |
| AutorInnenverzeichnis .....   | 79 |